

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Bremen wählt am 26. Mai 2019.



Es geht um uns.

- ▶ Gutes Zusammenleben
- ▶ Gute Arbeit
- ▶ Guter öffentlicher Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1.500 Menschen haben sich am 23. März auf einer Demonstration in Bremen für ein Menschenrecht auf Wohnen stark gemacht. Das macht deutlich: Für immer mehr Menschen in Bremen wird bezahlbares Wohnen zum größten Problem. Es betrifft auch viele von uns im öffentlichen Dienst.

Am 26. Mai 2019 entscheiden die Bremerinnen und Bremer auch über die Zukunft der ehemaligen Galopprennbahn. Das Gelände der ehemaligen Rennbahn soll zu einem attraktiven Wohnquartier mit großzügigen Flächen für Grün, Sport und Naherholung werden. Damit soll bezahlbarer Wohnraum zum Mieten und Kaufen für Familien, ältere und junge Menschen geschaffen werden.

Die Initiatoren des Volksbegehrens wollen hingegen eine Null-Lösung, das heißt die Nutzung des Rennbahngeländes für Wohnbebauung ausschließen.

Wer sich für eine soziale und ökologische Bebauung des Rennbahnquartiers aussprechen möchte, muss beim Volksentscheid übrigens mit „Nein“ stimmen.

Viel Spaß beim Lesen.
Eure MUMM-Redaktion

MUMM

(26.04.2019 - Redaktionschluss: 29.03.2019)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25,
28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Lars Hartwig
Elke Kosmal-Vöge
Kai Mües
Ivonne Weinhold
Burkhard Winsemann

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
gpr-zeitung(at)gpr.bremen.de

Fotos: wenn nicht anders angegeben: MUMM-Redaktion

Layout:

Elke Kosmal-Vöge

Druck:

Hausdruckerei Die Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im November 2019

Inhalt

Unsere Gewerkschaften zu den Wahlen.....	3/4
Bremen muss bunt und solidarisch bleiben! (ver.di).....	3
Bildung - die entscheidende Frage auch im Kampf gegen rechts (GEW).....	3
Wahl-O-Mat zur Inneren Sicherheit (GdP)	4
Nicht weiter auf den Knochen der Bediensteten (dbb).....	4
Herrschaft der Algorithmen?	5
Wir dürfen uns nicht an der Nase herumführen lassen	6
Augen und Ohren offen halten	7
Und was ist mit Mitbestimmung?	7
Aussagen der Wahlprogramme.....	8/9
SPD.....	8
Die Linke	8
Bündnis 90/Die Grünen.....	8
CDU	9
FDP	9
Jede Stimme ab 16 zählt - auch deine!	10
Wählen gehen - für die eigene Zukunft.....	10
Vorhang auf für junge Akteur_innen	11
Frauenbeauftragte üben Kritik	12
Prekäre Teilzeit? - Nicht mit uns!	13
Vielfalt - gut für das Betriebsklima	13
Wir sind es wert.....	14
100 Jahre Acht-Stunden-Tag.....	15
Das Letzte: 410 Gone	16

Unsere Gewerkschaften zu den Wahlen

Bremen muss bunt und solidarisch bleiben!



Foto: verdi

Markus Westermann, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Bremen-Nordniedersachsen

Bremen ist bunt und solidarisch. Bei der Bürgerschaftswahl geht es darum, wie Bremen in Zukunft gestaltet werden soll. Wichtig ist, zur Wahl zu gehen und sich für die Demokratie und den guten sozialen Zusammenhalt zu entscheiden. Parteien, die diese Werte angreifen, dürfen keinen Platz in der Bürgerschaft erhalten. Es geht

auch darum, welche Partei sich nachhaltig für gute Arbeitsbedingungen und für einen guten öffentlichen Dienst ausspricht. Dazu gehört vor allen Dingen eine aufgabenangemessene ausreichende Personalausstattung. Eine der wesentlichen Forderungen von ver.di ist, dass das Bremische Personalvertretungsgesetz nicht verschlech-

tert wird. Es gibt leider immer noch Parteien, denen die Mitbestimmung der Personalräte und damit die Rechte der Beschäftigten zu weit gehen. Hier heißt es: Finger weg! Ein weiterer Punkt muss sein, dass es keine weiteren Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen geben darf. Privatisierungen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, müssen möglichst zurückgedreht werden. In diesem Kontext fordern wir als ver.di, dass der Anteil des kommunalen Trägers an Kita-Plätzen erhalten bleiben muss und weiter ausgebaut wird. Eine Träger-Vielfalt unterstützen wir. Bundesweit agierende kommerzielle Kita-Unternehmen lehnen wir ab - Bildung darf keine Ware sein. Zum Thema „Digitaler öffentlicher Dienst“ fordern wir Regelungen zur sozialverträglichen und menschengerechten Umsetzung sowie den Verzicht auf betriebsbedingte Kündi-

gungen. Einiges ist in den letzten Jahren schon in eine gute Richtung gegangen, wie die Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen, sie muss jetzt in allen Bereichen umgesetzt werden. Ein weiteres Thema ist uns ganz wichtig: Neubauten sollen zu 40 Prozent für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Für diese Wohnungen muss auf Dauer eine Preisbegrenzung bestehen bleiben. Die Gebiete, in denen sozialer Wohnraum entsteht, müssen mit dem ÖPNV erreichbar sein.

Nur so kann Bremen bunt und solidarisch bleiben. Dafür wählen gehen.

Markus Westermann



Bildung - die entscheidende Frage auch im Kampf gegen rechts



Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW Bremen

Fortschreitende Rechtsentwicklung und gesellschaftliche Entsolidarisierung gehen einher mit einer zunehmenden Gefährdung des allgemeinen und öffentlichen Schul-/Bildungssystems, das politisch zu verantworten ist. Damit nimmt herrschende Politik - in Bremen, Deutschland und vielen Ländern der EU - diese Entwicklung billigend in Kauf.

Am 26. Mai können wir hiergegen ein deutliches Zeichen

setzen: Für Offenheit und kulturelle Vielfalt; für ein Bildungssystem, das dazu beiträgt und sich zum Ziel setzt, soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und inklusive Bildung für Alle ermöglicht. Dies ist die entscheidende Grundlage dafür, allem rechtspopulistisch-nazistischem den Boden zu entziehen.

Bildung ist untrennbar mit der Demokratiefrage und der Wahrnehmung eigener Rechte verbunden. Wenn es hier Defi-

zite gibt und Kolleg*innen nicht mehr sicher sind, ob und zu was sie sich äußern dürfen - ob im Betrieb oder als Lehrkraft vor der Klasse -, ist es offenbar um Selbstbewusstsein und Haltung schlecht bestellt. Sensibilisierung tut also not!

Die Demokratiefrage ist auch unmittelbar mit der Frage der Mitbestimmung verknüpft. Wird diese aber, also die Mitbestimmung zur Disposition gestellt, wird an der Demokratie gesägt: Doch wer Mitbestimmungsrechte antastet, ist für Gewerkschafter*innen nicht wählbar!

Und Bildung ist mit Wohnungsbaupolitik und der Frage verbunden, wer sich wo wohnen leisten kann. Darüber werden innerstädtische Zuzugs- wie Wegzugsströme reguliert, und ein jeweils passendes Bildungsumfeld entsteht. Wo bei dieses für die einen eher ein profitables, für die anderen ein eher prekäres Zukunftssze-

nario darstellt. Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum auf einer Galopprennbahn oder einem Golfplatz sensibilisiert also gleichzeitig auch für das gemeinsame Leben und Lernen im Stadtteil von Arm und Reich, in Kitas und Schulen.

Die Wahl - für Bremen und Europa. Sprechen wir darüber. Solidarität und das Aufstehen gegen einfache Lösungen braucht gerade jetzt Lautstärke und den Mut, sich auch mal que(e)r zu stellen. Wer, wenn nicht wir, sollten ihn haben! Wann, wenn nicht jetzt? Morgen ist es zu spät!

Christian Gloede



Unsere Gewerkschaften zu den Wahlen

Wahl-O-Mat zur Inneren Sicherheit



Foto: Gewerkschaft der Polizei

Lüder Fasche, Vorsitzender der GdP Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Sonntag, dem 26. Mai 2019, wählen Bremerinnen und Bremer ihre neue Bürgerschaft. Die zur Wahl stehenden Parteien haben sich öffentlich positioniert. Wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben die bei der letzten Wahl in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft gewählten Parteien

bei unserem „Wahl-O-Mat-mal-anders“ mit 38 Thesen zur Inneren Sicherheit und der damit Beschäftigten konfrontiert. Natürlich haben wir dabei auch das Verhältnis der Parteien zur Untastbarkeit des Bremischen Personalvertretungsrechts abgeklopft. Die nicht immer überzeugenden Ergebnisse hierzu, wie aber auch zum Beispiel zu

Arbeitsbedingungen, könnt ihr, versehen mit den jeweiligen Positionen der GdP, unter anderem auf unserer Homepage (<https://www.gdp.de/Bremen>) noch einmal nachlesen. Es ist heute nicht absehbar, welche Koalitionen am Ende im Land Bremen mehrheitsfähig sind. So spannend wie dieses Jahr war die Bürgerschaftswahl jedenfalls noch nie. Auf die Spannung am rechten Rand könnte die GdP dabei sehr gut verzichten. Gewerkschaftsfeindliches oder gar völkisches Gedankengut hat auf alle Fälle in der Bremischen Bürgerschaft nichts zu suchen! Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten ihre Stimme in die Waagschale werfen und ihr Wahlrecht wahrnehmen. Jeder von euch muss dabei selbst entscheiden, welcher Partei er am Ende am ehesten zutraut, die nach wie vor sehr großen Probleme Bremens und Bremerhavens zu lö-

sen. Für den einen oder die andere mag auch ein Blick zurück Grundlage einer Wahlentscheidung sein. Soll wirklich immer derjenige die Suppe auslöffeln, der sie eingebrockt hat? Kehren neue Besen wirklich besser? Deshalb zählt jede Stimme! Die GdP Bremen fordert ihre Mitglieder wie auch alle anderen Bremerinnen und Bremer deshalb auf, wählen zu gehen. Und denkt dran: Der schlimmste Weg, den man wählen kann, ist der, keinen zu wählen.

Lüder Fasche



Nicht weiter auf den Knochen der Bediensteten



Foto: deutscher beamtenbund

Jürgen Köster, Vorsitzender des dbb Bremen

Am 26. Mai 2019 ist Europa- und Bürgerschaftswahl. Seit den Wahlen vor fünf bzw. vier Jahren ist einiges geschehen, so dass sehr viel auf dem Spiel steht. Der dbb beamtenbund und tarifunion bremen setzt sich für ein weltoffenes, freiheitlich-demokratisches und solidarisches Europa ein. Das europäische Dach des dbb auch, zu finden unter dem Link

<https://www.cesi.org/cesi-eu-elections-campaign-visuals-for-europe-and-for-a-better-europe/>. Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) stellt die „Unverzichtbaren“ in den Vordergrund ihrer Europawahlkampagne. Die „Unverzichtbaren“ sind die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes aus den unterschiedlichsten Bereichen,

wie Bildung, Feuerwehr, Justiz, Kita, Krankenhaus, Polizei, Steuer, Verwaltung und etlichen anderen Einrichtungen und Institutionen. Die Beschäftigten der bremischen Verwaltung haben trotz der über die Jahre stetig gestiegene Arbeitsbelastung einen guten Job gemacht und waren mit vollem Einsatz und Herzen mit teilweiser grenzwertiger Belastung dabei, um (Neu)Bürgerinnen und (Neu) Bürgern die Lebensqualität zu erhalten. Der Service für die Bewohner_innen des Landes Bremen darf nicht weiter auf den Knochen der vorhandenen Bediensteten ausgetragen werden. Es müssen mehr Stellen zur Entlastung geschaffen und frei werdende Stellen zügig neu besetzt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind die tragenden Säulen, welche den Service für den Bürger_innen am Laufen halten. Die in

der Regierung befindlichen Parteien sollten dieses mit entsprechender Wertschätzung im Blick behalten. Der öffentliche Arbeitgeber muss jetzt handeln und Rahmenbedingungen zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verwaltung umsetzen. Abbau prekärer Beschäftigung, Prävention gegen Gewalt, digitale Transformation, wettbewerbsfähige Bezahlung, Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung und Versorgung sind anzugehende Punkte.

Jürgen Köster



Herrschaft der Algorithmen?

ver.di fordert Digitalisierungstarifvertrag

Unsere Steuererklärungen werden von Programmen geprüft. Arbeit wird durch Programme erledigt. In sozialen Medien diskutieren Programme mit und sind nicht als solche erkennbar. Internetkonzerne wie Google legen riesige personalisierte Datenbestände über un-

darunter viele Beschäftigte aus dem bremischen öffentlichen Dienst. Zwei Tage war unser Bremer Rathaus erfüllt von neuen Erkenntnissen, kritischen Diskussionen und konzentriertem Zuhören.

Höhepunkt der Tagung aus Sicht der Beschäftigten war der

Verbindliche Leitplanken zum Schutz der Beschäftigten

Ein Tarifvertrag garantiert „verbindliche Leitplanken“ zum Schutz der Beschäftigten:

Ein Recht auf Qualifizierung und die ausreichende Finanzie-

von Bund, Ländern und Gemeinden sind zudem die Beteiligung der Beschäftigten bei der Gestaltung der digitalen Arbeit und eine starke ebenen- und ressort-übergreifende Mitbestimmung der Personalräte zu sichern. Es geht um gute Zukunftsaussichten für die Beschäftigten, das sichert gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Die Digitalisierungsgewinne sollen durch Arbeitszeitverkürzung auch den Beschäftigten zugutekommen.

Wir müssen dranbleiben

Der Vorschlag für einen Digitalisierungstarifvertrag fand eine breite positive Resonanz bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Auch die Reaktionen der Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen fielen zustimmend aus. Henning Lühr, bremischer Finanzstaatsrat, der die Tagung in seiner Funktion als Vorsitzender des IT-Planungsrats initiiert hatte, erhielt dafür viel Applaus. Er unterstrich, dass neue Strukturen erforderlich sind für Mitbestimmung und Beteiligung und sprach sich für ein umfassendes Qualifizierungsprojekt des IT-Planungsrats aus.

Frank Bsirske hat mit seinem Entwurf für einen Digitalisierungstarifvertrag einen bedeutenden Beitrag geleistet. Ein Aufschlag ist jetzt gemacht. Jetzt müssen wir Beschäftigte mit unserer Gewerkschaft dranbleiben und unsere Zukunft mitgestalten.



Foto: Pressestelle des Senats

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di:

„Damit Beschäftigte in den Digitalisierungsprozessen für sich eine Perspektive gewinnen können, brauchen sie Zukunftsgewissheit: Sie brauchen Aussicht auf neue Tätigkeitsfelder und auf Qualifizierungspfade, sie brauchen Schutz vor Belastungen und Absicherungen gegen Job- und Statusverluste. Ein Tarifvertrag kann diese Wege in die Zukunft mit Leitplanken absichern.“

sere Aktivitäten, Vorlieben und Abneigungen an und nutzen sie für personalisierte Werbung. Wir alle merken, ob im Privaten oder auf der Arbeit, dass sich durch die Digitalisierung vieles komplett verändert. Der Staat ist in doppelter Hinsicht gefordert, darauf Antworten zu liefern - als Gestalter des Sozial- und Rechtsstaats und Verantwortlicher für das Gemeinwohl auf der einen Seite und als Arbeitgeber und Nutzer des digitalen Wandels auf der anderen Seite.

Spannende Tagung im Bremer Rathaus

Brauchen wir also eine neue Staatskunst? Zwei Tage haben 160 Menschen aus Bund, Ländern, Kommunen, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaft intensiv Antworten gesucht,

Beitrag des Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske. Für das Glück der Menschen brauchen wir nach seiner Auffassung tatsächlich eine neue Kunst der Staatsführung, die Chancen für ein gutes Leben und für gute Arbeit für alle eröffnet. Nicht die Digitalisierung ist das Problem, so Bsirske, sondern was die Menschen daraus machen. Er forderte einen Digitalisierungstarifvertrag von den öffentlichen Arbeitgebern. Die digitalen Umwälzungen können nur Akzeptanz finden, wenn sie dem Allgemeinwohl dienen und gute, bessere Arbeit für möglichst viele Menschen entsteht, betonte er. Das kann nur als gemeinsame Gestaltungsaufgabe gelingen, so sein Plädoyer.

Qualifizierungsmodellen ist sicherzustellen.

Die Beschäftigten müssen von den Chancen der Digitalisierung, das heißt Verfügung über Zeit und mehr Autonomie, profitieren. Belastungen durch höhere Flexibilisierungen sind auszuschließen.

Wieviel Kontrolle soll die Maschine haben?

Die Arbeitsteilung von Mensch und Maschine muss zugunsten des Menschen gestaltet werden. Insbesondere selbstlernende und -steuernde Programme sind auf der Grundlage ethischer, sozialer und demokratischer Standards zu entwickeln. Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt und Überwachung ausgeschlossen werden.

In einem Digitalisierungstarifvertrag für die Beschäftigten



Doris Hülsmeier

Wir dürfen uns nicht an der Nase herumführen lassen!

Warum es wichtig ist, zur Europawahl zu gehen

Der 26. Mai ist in diesem Jahr ein ganz besonderer Wahltag. Es finden zum einen die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft und zum anderen die Europawahl statt. Die Themen zur Bürgerschaftswahl werden uns seit einiger Zeit von den Medien und Parteien stark ins Bewusstsein gerückt, aber auch die Europawahl ist für Bremen von großer Bedeutung. Warum es wichtig ist, zur Europawahl zu gehen, darüber spreche ich mit Horst Seele-Liebetanz von der Europaabteilung der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit.

MUMM: Ist Europa wichtig für Bremen?

Horst Seele-Liebetanz: Bremen war in der Vergangenheit direkt abhängig von internationalen Lösungen und hat solidarische Unterstützung, wie zum Beispiel in der Stahl- und Werftenkrise erhalten. Es ist bekannt, dass gemeinsame Lösungen in dieser Strukturkrise das Anwachsen von Arbeitslosigkeit abgemildert hat. Deshalb ist es für Bremen auch in der Zukunft wichtig, von guten Politikerinnen und Politikern in der EU vertreten zu sein.

MUMM: Wie bringt Bremen sich heute in Europa ein?

Horst Seele-Liebetanz: Die beiden Europaabgeordneten Dr. Joachim Schuster und Dr. Helga Trüpel machen für Bremen eine gute Arbeit. Ebenfalls ist die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Ulrike Hiller, in Brüssel sehr aktiv. Sie arbeitet im Ausschuss der Regionen und bringt sich bei der Gestaltung neuer Gesetze konstruktiv ein.

MUMM: Ist das nicht alles sehr abstrakt? Hast du ein Beispiel, wo EU-Maßnahmen die Menschen direkt erreichen?

Horst Seele-Liebetanz: Ein Beispiel ist die Sozialpolitik. Obwohl sie zunächst nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, werden dort gerade jetzt wichtige Initiativen gestartet: Zum Beispiel bei den Wanderarbeitneh-

mer_innen muss das Ziel sein, dass sie faire und gleiche Löhne bekommen.

MUMM: Viele Bürgerinnen und Bürger sagen, dass die Europapolitik weit weg von den Menschen vor Ort ist. Was denkst du darüber?

Horst Seele-Liebetanz: Diesen Eindruck habe ich nicht. Wir sind alle mehr von der EU-Politik direkt betroffen, als man glaubt! Die Europapolitikerinnen und -politiker kommen regelmäßig zu uns in den EuropaPunktBremen. Sie berichten dort zum Beispiel in öffentlichen Veranstaltungen von ihrer Arbeit und stellen sich zu unterschiedlichen Themen den Diskussionen mit den Bremerinnen und Bremern. So bringen sie die europäischen Themen direkt zu den Menschen nach Bremen. Gute Erkenntnisse aus den Diskussionen werden nach Brüssel getragen.

MUMM: Was ist das Besondere an deiner Arbeit in der Europaabteilung?

Horst Seele-Liebetanz: Mit Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenzuarbeiten. Die Erkenntnis, wieviel wir Bremer_innen geben können und wieviel wir auf der anderen Seite auch zurückbekommen und lernen können. Es gefällt mir, mit so vielen Menschen zusammenzuarbeiten. So sind häufig Dinge möglich, an die wir alleine vorher so nicht gedacht hätten. Vor Jahren haben wir beispielsweise in einem europaweiten Projekt mit der Verwaltung aus mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten zusammengearbeitet. Da haben wir eine ganze Menge mitnehmen können.

MUMM: Wir erleben zunehmend, dass von bestimmten Menschen Stimmung gegen ein vereinigtes Europa gemacht wird. Was denkst du darüber?

Horst Seele-Liebetanz: Wir sind alle ein bisschen ratlos, was hier gerade passiert. Als ob der Kompass durcheinandergeraten ist. Für viele Probleme gibt es heutzutage nur auf internationaler Ebene gescheite Lösungen. In der Frage der

Migration sind aus meiner Sicht ausschließlich gemeinsame Lösungen möglich. Allerdings leben wir in einer Zeit, in der der Nationalismus wieder stark anwächst und viele Bauernfänger die Menschen mit einfachen Lösungen fangen wollen. Ich denke, wir sollten das Feld nicht den Antieuropäern überlassen.

MUMM: Wie hoch war die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl?

Horst Seele-Liebetanz: Die letzte Wahlbeteiligung im Land Bremen lag bei 40,3 Prozent - keine Glanzleistung!

MUMM: Und wie willst du die Wahlbeteiligung verbessern?

Horst Seele-Liebetanz: Die Bevollmächtigte hat die Kampagnen „In Bremen und Bremerhaven leben - Europa wählen!“ gestartet, um alle Bürgerinnen und Bürger im Land zu informieren, wie wichtig und wie einfach es ist, mitzuwählen! Wir gehen flächendeckend an Schulen, Hochschulen, Vereine, Verbände und haben hierfür schon über 200 Akteur_innen, die uns unterstützen. Über die Website www.bremen-waehlt-europa.de und mit Hilfe der Jugendbeiräte und Infoevents wollen wir auch die erreichen, die zum ersten Mal wählen dürfen. Und alle Unionsbürger_innen sollen über ihr Wahlrecht informiert werden!

MUMM: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen dir bei der weiteren Arbeit für Europa und Bremen viel Erfolg.

Das Interview mit Horst Seele-Liebetanz führte Lars Hartwig.



Lars Hartwig



Foto: Horst Seele-Liebetanz

Horst Seele-Liebetanz hat Psychologie und Philosophie studiert und seine Arbeit 1992 im Informationsbüro Bremen der Senatskanzlei begonnen. Heute arbeitet er bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Er wollte immer an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft arbeiten. Bevor er seine heutige Arbeit im Bereich der Fördermittelberatung und Öffentlichkeitsarbeit aufgenommen hat, hat er am Standort in Brüssel gearbeitet.



Augen und Ohren offen halten

Aussagen der Wahlprogramme zu drei Leitfragen



Foto: gemeinfrei/pixabay.com



Am 26. Mai ist es soweit: Bremen wählt eine neue Bürgerschaft und stellt die politischen Weichen für die kommenden vier Jahre. Bei Erscheinen dieser MUMM wird der Wahlkampf bereits in seine heiße Phase eingetreten und auch im Stadtbild unübersehbar sein.

Uns im öffentlichen Dienst betrifft so eine Wahl immer doppelt: Nicht nur als Bürger_innen, die auf - mehr oder weniger - vielfältige Weise von

der Qualität und Quantität öffentlicher Dienstleistungen betroffen sind. Sondern auch als Beschäftigte, die eben diese Dienstleistungen erbringen, die die von der Politik gesetzten Vorgaben umzusetzen haben und deren Arbeitsbedingungen ebenfalls erheblich davon abhängen.

Deshalb schaut die MUMM vor Wahlen immer genauer hin, um was es für den öffentlichen Dienst geht. Mit drei

Leitfragen haben wir die Aussagen der Wahlprogramme (bzw. Programmentwürfe) der Parteien untersucht:

- ▶ Wie wollen wir zusammenleben?
- ▶ Was tun wir für gute Arbeit?
- ▶ Welche Zukunft erwartet den öffentlichen Dienst?

Wir haben die aus unserer Sicht wichtigen Linien und Aussagen der Parteien dazu aufgespürt. Wir freuen uns, wenn das zum Blick in die Wahlprogramme einlädt.

Die Programme der nicht in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien vom rechten Rand haben wir nicht dargestellt. Diese Parteien geben keine Antwort auf die Frage, wie wir gut zusammenleben. Das schafft keine gute Arbeit und auch keine guten Perspektiven für den öffentlichen Dienst.

Auch vor dieser Wahl wird

der Gesamtpersonalrat wieder eine Personalräteversammlung einberufen, in der die Spitzenkandidat_innen bzw. Vorsitzenden der in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien zu unseren Themen Rede und Antwort stehen können. Diese Veranstaltung findet erst kurz vor der Wahl statt, am 16. Mai 2019. Über Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung und andere interessante aktuelle Informationen werden wir auf gpr.bremen.de und per Mail über die örtlichen Personalräte an euch weiterleiten. Wir empfehlen deshalb, Augen und Ohren offen zu halten.



Burkhard Winsemann

Und was ist mit Mitbestimmung?

Einige kritische Nachfragen an die Parteien drängen sich auf. Denn oft sind gerade die Themen und Positionen interessant, zu denen die Wahlprogramme nur undeutliche oder gar keine Aussagen enthalten.

So haben die Grünen vor zwei Jahren ein Papier veröffentlicht, das den Anstoß zu einer heftigen Debatte über die vermeintliche Notwendigkeit von Änderungen am Bremischen Personalvertretungsgesetz gegeben hat. Im Wahlprogramm wird das Thema ausgespart. Wir fragen uns: Welche Positionen und Ziele haben die Grünen hinsichtlich der Rechte von Beschäftigten und der Demokratie am Arbeitsplatz? Welche Ziele verfolgen sie hinsichtlich der zentralen Schutzinstrumente für die Beschäftigten, der vom Gesamtpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarungen? Der Sachverständigenrat der Grünen hatte diese bei

einer Anhörung in der Bürgerschaft in Frage gestellt. Uns interessiert brennend, welche Ziele die Grünen hier verfolgen. Ähnlich wenig aussagekräftig ist in dieser Frage auch das Programm der CDU. Eben jener CDU, die den Vorstoß der Grünen seinerzeit dankbar aufgegriffen hatte und sich deutlich kritisch zum Bremischen Personalvertretungsgesetz positionierte. Wenig Anlass zum Optimismus gibt auch die Tatsache, dass im Unternehmen ihres Spitzenkandidaten weder Tarifverträge noch Betriebsrat eine Rolle spielen.

Offenherzig bläst dagegen die FDP zum Angriff auf die Mitbestimmung, während SPD und Linke darin übereinstimmen, das Bremische Personalvertretungsgesetz erhalten zu wollen.

Fragen werfen auch die finanzpolitischen Pirouetten der CDU auf. Zunächst wollte sie die 400 Mio. Euro Sanierungshilfen

komplett zur Schuldentilgung nutzen. So manches Vorhaben wäre an dieser Vorgabe zerschellt. Inzwischen will sie dies nur noch als Durchschnittswert verstehen und zunächst doch weniger tilgen, in späteren Jahren aber umso mehr. Was will sie denn jetzt, fragen wir uns da.

Realistischer erscheint da die Sicht der Linken. Sie meinen, dass die Nachholbedarfe, vor allem hinsichtlich der Investitionen in Schulen, so groß sind, dass selbst die verpflichtende Nettoschuldentilgung von durchschnittlich 80 Mio. Euro pro Jahr kaum zu schaffen sein wird. Der Vorschlag, mit einer Schulbaugesellschaft, einer „öffentlich-öffentlichen Partnerschaft“, zusätzliche Spielräume außerhalb des Haushaltes zu erschließen, wirft allerdings die Frage auf, ob dabei die problematischen Aspekte öffentlich-privater Partnerschaften mit

Sicherheit ausgeschlossen werden können.

Erfreulich finden wir, dass sich die meisten Parteien mehr oder weniger deutlich von Kürzungen im öffentlichen Dienst verabschiedet haben. Selbst die FDP fordert keine 25%igen Personalkürzungen im Verwaltungsbereich mehr, wie noch in der Haushaltsaufstellung 2016/17. Ganz besonders die SPD, die bereits jetzt mehrere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes - A 13 für Grundschullehrer_innen, S8b für viele Erzieher_innen - in den Senat gebracht hat, möchten wir fragen: Warum nicht gleich so?



Doris Hülsmeier



1. Die SPD will den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven stärken. So sollen die Mittel für das Programm Wohnen in Nachbarschaften aufgestockt, stadtteilbezogene Einrichtungen und soziale Infrastrukturen ausgebaut werden.

Kitas und Schulen sollen dort besonders gut ausgestattet werden, wo es soziale Problemlagen gibt. Kinder und Jugendliche sollen kostenlos Busse und Bahnen nutzen können.

Die SPD will schnell Flächen mobilisieren, damit 2.500 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Bei der Vergabe von Flächen oder Wohnungsbauför-

derung soll die Sozialquote von 25 % auf 30 % steigen. Mit der GEWOBA und der Übernahme der BREBAU sollen maßgebliche Beiträge zur Beseitigung von Engpässen am Wohnungsmarkt erbracht werden.

Zuwander_innen will die SPD eine frühestmögliche Integration in den Stadtteilen ermöglichen. Sprachangebote für alle, Beratung, dezentrales Wohnen und die Schaffung von Plätzen und Kapazitäten in Kita, Schule und Familienzentren, Ausbildung, Hochschule und Arbeitsmarkt sollen dabei helfen.

2. Die SPD fordert gute Arbeit für alle und meint damit „Vorfahrt für Tarifverträge, betriebliche Mitbestimmung und faire Löhne“ sowie soziale Absicherung, Aufstiegsmöglichkeiten, Beschäftigungssicherheit.

Der Bremer Landesmindestlohn soll weiter auf 12 €/Stunde erhöht werden. Der Geltungs-

bereich des Tariftreuegesetzes soll erweitert werden.

Allen jungen Menschen soll nach der Schule ein Ausbildungsangebot gemacht werden. Um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, sollen Ausbildungsfonds eingerichtet werden, die ausbildende Betriebe entlasten. Arbeitnehmer_innen sollen ein Recht auf berufliche Weiterbildung haben.

Die Ausbildung in den sozialen Berufen soll aufgewertet und als duale Ausbildung organisiert werden.

Langzeitarbeitslosen will die SPD mit dem sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen eröffnen. Die Landesprogramme „Perspektive Arbeit“ sollen weiterentwickelt werden. Passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen sollen Übergänge bis hin zum ersten Arbeitsmarkt schaffen.

3. Die SPD will den Personalabbau beenden und kündigt

Verbesserungen der Personalausstattung schwerpunktmäßig in Schulen, Kitas, bei Polizei (Zielzahl 2.900), Justiz und beim Bürgerservice an. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll weiter ausgeweitet werden. Mit einer Reihe von Maßnahmen soll die Attraktivität der Arbeit im öffentlichen Dienst verbessert werden. Die SPD will die Tarifbindung stärken und die Mitbestimmung nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz erhalten.

Tarifabschlüsse sollen zukünftig zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen werden. Beamt_innen erhalten zukünftig die Möglichkeit, sich in der gesetzlichen Krankenversicherung zu versichern.



1. Die Linke will Stadt und Land besser in die Lage versetzen, die Stadtentwicklung zu gestalten und ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu will sie öffentliches Eigentum an Flächen und Unternehmen erhalten und wiedererlangen.

Sie steht für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Platz haben und an der alle gleichberechtigt teilhaben können. Sie will Diskriminierungen bekämpfen und eine Stadt organisieren, in der es Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten für alle gibt.

2. Die Linke will den Landesmindestlohn so weit erhöhen, dass er auch auskömmliche Rentenansprüche sichert. Nach derzeitigem Stand wäre das bei 12,63 € der Fall.

Das Tariftreuegesetz soll auf alle öffentlichen Aufträge ausgeweitet werden, soweit dies nach EU-Recht möglich ist. Auch für Zuwendungsempfänger will die Linke eine Tarifbindung festschreiben.

Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz auf Landesebene will die Linke die Lücke zwischen den

Einkommen von Männern und Frauen schließen.

Um für alle Jugendlichen die Möglichkeit zu einer Berufsausbildung zu garantieren, soll eine Landesausbildungsumlage eingeführt werden.

3. Ein „Zusatztarifvertrag Fachkräftesicherung“ soll den öffentlichen Dienst attraktiver machen. Tarifabschlüsse sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen werden. Zusätzlich soll der im Ländervergleich bestehende Besoldungsrückstand abgebaut werden.

Besonders hohe Anforderungen, zum Beispiel in der kommunalen sozialen Arbeit und in Bildung/Erziehung, sollen sich in der Bezahlung widerspiegeln.

Der öffentliche Dienst soll ausreichend mit Personal ausgestattet werden. Leiharbeit soll es im öffentlichen Dienst nur noch zur Deckung von Belastungsspitzen geben. Dabei sollen interne Lösungen, wie Stadtteilschule oder Gesamthafenbetriebsverein, Vorrang vor privater Arbeitnehmerüberlassung haben.

Eine Einschränkung von Mitbestimmungsrechten nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz lehnt die Linke ab.



1. Die Grünen legen in ihrem Wahlprogramm einen Schwerpunkt auf die gesellschaftliche Vielfalt in Bremen und Bremerhaven. Sie machen sich stark für Geschlechtergerechtigkeit, Teilhaberechte von Menschen mit und ohne Behinderungen und die Integration von Migrant_innen.

Sie wollen die Armutsgefährdung in Bremen zügig und effektiv reduzieren und streben an, dies zur Querschnittsaufgabe des Senats zu machen. Sie wollen ein Modellprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen und meinen, Bremen und Bremerhaven seien dafür geeignete Städte.

2. Die Grünen wollen den Bremer Mindestlohn auf ein armutsfestes Niveau erhöhen. Minijobs wollen sie auf Bundesebene abschaffen und statt dessen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsformen fördern. Analog zum Mindestlohn wollen sie auch eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Mit einer Ausbildungsumlage soll ein besseres Angebot an Ausbildungsplätzen

erreicht werden.

Mit speziellen Maßnahmen und Programmen soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrant_innen sowie für Alleinerziehende erleichtert werden.

3. Weiter hat die Partei sich einen „starken und verlässlichen öffentlichen Dienst“ ins Programm geschrieben. Sie wollen ein Programm zur Beseitigung des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst auflegen. Die einheitliche Besoldung von Beamt_innen in Deutschland aufzugeben, sei ein Fehler gewesen, der, wenn sich die Möglichkeit ergibt, korrigiert werden soll.

Digitale Möglichkeiten sollen das Angebot erweitern, aber den persönlichen Kontakt mit den Bürger_innen nicht ersetzen. Die Grünen wollen prüfen, ob der Einsatz von „machine learning“, bei dem Entscheidungen einschließlich Ermessensausübungen „automatisch“ getroffen werden können, in der Verwaltung zu effizienteren Entscheidungen beitragen kann.

Zusätzliches Personal wollen die Grünen für verschiedene Bereiche einsetzen, insbesondere in Kitas und Schulen, im Jugendamt, in der Steuerverwaltung, in der Stadtentwicklung, in der Justiz.



1. Die FDP will städtisches Eigentum an zahlreichen Gesellschaften, wie BLG und Flughafen Bremen, veräußern. Die Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA, Brebau und StäWoG sollen Wohnungen verkaufen. Auch eine Privatisierung der Kliniken soll tabulos geprüft werden.

Vielfalt, Integration und Inklusion schaffen nach Ansicht der FDP Chancen für den Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven. Diese sollen mit Diversity Management erschlossen werden. Dies „wirkt sich positiv auf das Image aus, erleichtert das Finden neuer Mitarbeiter“. Sozialleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts will die FDP zu einem „Bürgergeld“ zusammenfassen, dessen Bearbeitung durch die Finanzämter erfolgt.

2. Die FDP fordert zwar keine gute, dafür aber „bessere Arbeit“. Diese soll vorrangiges Mittel zur Armutsbekämpfung sein. Die Arbeitsmarktpolitik will sie „kritisch auf Inhalte, Zielsetzungen und vor allem hinsichtlich ihrer Vergabep Praxis prüfen“.

Zeitarbeit will die FDP durch den Abbau von Regulierungen fördern.

Kinderbetreuungsangebote sieht die FDP als Arbeitsmarktinstrument. Sie will diese so ausweiten, dass sie eine ganztägige Arbeit ermöglichen. Ergänzend soll es Angebote von Tagespflegepersonen für Eltern in Schichtarbeit oder mit wechselnden Arbeitszeiten geben.

3. In hohen Krankenständen sieht die FDP einen Hinweis auf belastende Arbeitsbedingungen und fordert eine „angemessene Ausstattung“ der Verwaltung.

Die FDP will, dass Bremen und Bremerhaven zu „modernen Serviceeinrichtungen“ umgebaut werden. Wichtigstes Instrument dazu soll eine „grundlegende Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes“ sein, wodurch eine „lange überfällige Personalstrukturreform im öffentlichen Dienst“ ermöglicht werde. Damit sollen vermeintlich „im Vergleich zu anderen Bundesländern (...) zu hohe Personalausgaben“ reduziert werden. Zusätzliches Personal soll aber die Polizei erhalten, die auf 2.900 Stellen wachsen soll.

Außerdem will die FDP eine intensive Aufgabenkritik durchführen und durch eine verstärkte Digitalisierung Vorgänge und Prozesse optimieren.



1. Die CDU sieht Zuwanderung grundsätzlich als Bereicherung an. Grundlage müssten die grundgesetzliche Rechtsordnung und „christlich-aufklärerische Werte“ sein. In der Zuwanderungspolitik will die CDU gleichzeitig „mehr Eindeutigkeit“. Darunter versteht sie, Asylbewerber_innen ohne Bleiberechtsperspektive konsequent „zurückzuführen“.

Einem „überproportionalen Anwachsen“ der Ausgaben für den sozialen Bereich will sie entgegenwirken. Nach ihrer Auffassung wurde hier bislang nach dem Prinzip „viel hilft viel“ vorgegangen.

2. Die CDU will einerseits auf eine höhere Tarifbindung der Unternehmen hinwirken. Andererseits kündigt sie an, das Tariffreie- und Vergabegesetz zu „entschlacken“, ohne dies näher zu erläutern. Die Partei macht sich das Prinzip „Privat vor Staat“ zu eigen. Sie will auch öffentlich-private Partnerschaften nutzen.

Besonders Alleinerziehende will die CDU stärker in Arbeit bringen. Dazu sollen Betreu-

ungszeiten in Kitas flexibilisiert und Kinder auch betreut werden, wenn sie krank sind.

3. Die CDU steht für einen starken und jederzeit handlungsfähigen Staat, der sich und seine Regeln behauptet. Sie kündigt an, die Personalausstattung im öffentlichen Dienst an den Aufgaben bemessen und keinen pauschalen Personalabbau betreiben zu wollen. Andererseits betont sie, dass sie auf strenge Ausgabendisziplin setzt und auf „eine zum Beispiel durch die Digitalisierung effektiver und schneller handelnde Verwaltung“.

Die Polizei soll in Bremen auf mindestens 2.800 aufgestockt werden.

Familiennahe Dienstleistungen des Staates, zum Beispiel Elterngeld, sollen schneller erbracht werden. Dies soll durch „prioritäre Reorganisation“ und Digitalisierung erfolgen.

Gleichzeitig will die CDU die Sanierungshilfen von jährlich 400 Millionen Euro vollständig zur Schuldentilgung nutzen, hält sich jedoch Flexibilisierungsmöglichkeiten offen.

Bei allen das Personal betreffenden Veränderungen will die CDU die Kompetenzen der Personalvertretungen einbinden und bietet ihnen „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ an.



Foto: Bürgerschaftskanzlei

Der Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft. Hier tagt die Legislative in regelmäßigen Abständen. In der nächsten Wahlperiode wird die Bremische Bürgerschaft 84 Abgeordnete haben, 69 aus Bremen und 15 aus Bremerhaven.

Jede Stimme ab 16 zählt - auch deine!

20. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft steht vor der Tür

Am 26. Mai dieses Jahres findet die 20. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft statt. Jede/Jeder Wahlberechtigte in Bremen ab 16 Jahren hat das demokratische Recht, seine/ihre Stimme für die Zukunft Bremens abzugeben. Das Wahlrecht ab 16 Jahren gibt es übrigens in Bremen bereits seit 2009.

von 2015 genauer angeschaut haben. Die Auswertung zeigt uns ein anderes Bild der jungen Bremer Wähler_innen: Die 16- bis 21-Jährigen beteiligten sich zu 48,4 % an der Wahl. Vergleicht man diesen Wert mit der Wahlbeteiligung der 30- bis 35-Jährigen, so liegt dieser um 7,8 % höher. Die gesamte

auf das Wahlergebnis der Bürgerschaftswahl 2015 hatte und auch dieses Jahr hoffentlich haben wird. Jede Stimme zählt - auch deine!

Warum gehen wir wählen? Wählen gehen ist die Möglichkeit, mitzubestimmen. Mit der Teilnahme an der Wahl können wir für politische Themen von morgen, wie beispielsweise den Klimawandel (Freitag-Demos), Verantwortung übernehmen. Wählen gehen sichert uns die Teilhabe an der Gesellschaft - sonst entscheiden andere für uns. Wir können mit unserer Teilnahme an der Wahl denen Respekt zeigen, die für unsere Demokratie und freie Wahlen gekämpft haben. Wer nicht wählt, macht es extremistischen Parteien leichter, größeren Einfluss auf uns und das Umfeld, in dem wir leben, zu nehmen. Die Entscheidung, wer Politik machen darf, kann manchmal nur von wenigen Stimmen abhängen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Bundestagswahl im Jahr 2002: Damals standen sich der Altbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein Herausforderer Edmund Stoiber

(CDU/CSU) zur Wahl gegenüber. Die Wahl entschied damals Gerhard Schröder für sich, jedoch mit nur 0,01 % Unterschied. Das waren bundesweit nur etwa 6000 Stimmen.

In diesem Sinne: „Gib auch du deine Stimme ab, denn jede Stimme zählt.“ Wir sind auf jeden Fall gespannt, ob die Wahlbeteiligung an der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 26. Mai 2019 steigt, wie viele junge Wähler_innen mitstimmen und welche Partei das Rennen macht.

Eure JAV im GPR
Feli Smidt
Nils Schröder



Foto: Feli Smidt

Schade ist nur, dass jungen Menschen oft ein Desinteresse an dem Thema Politik nachgesagt wird. Das war der Grund, warum wir uns die Statistik der Bremer Bürgerschaftswahl

Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2015 lag bei nur 52,1 %. Damit wird deutlich, dass die Wahlbeteiligung von jungen Bremer_innen eine nicht zu unterschätzende Auswirkung

Unser Tipp:
Interesse an einer speziellen Jugendführung in der Bremischen Bürgerschaft? Dann klickt hier: <https://www.bremischebuergerschaft.de/index.php?id=94>

Wählen gehen - für die eigene Zukunft

Junge Menschen sind in unserer Bremischen Bürgerschaft unterrepräsentiert. Aber wer kann die Interessen junger Menschen in der Politik am besten vertreten? Sie selbst, natürlich. Würden alle jungen Bremerinnen und Bremer unter 30 Jahre wählen gehen - sie hätten einen spürbaren Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bürgerschaftswahl. Und damit auch auf das, was im Land Bremen in den nächsten Jahren entschieden wird. Wählen gehen ist in der Demokratie der einfachste Weg auszudrücken, was man will oder nicht will.

Darum meine Bitte: Liebe Erst- und Jungwähler_innen, liebe Auszubildende, liebe Studierende:

Ran an die Wahlurnen und zeigt dem Land Bremen, wem die Zukunft gehört.

Lisa Peyer, Referentin der Landeszentrale für politische Bildung Bremen



Foto: Landeszentrale für politische Bildung

In der Publikationsausgabe der Landeszentrale für politische Bildung Bremen gibt es kostenlose Zeitschriften, Bücher und Informationsmaterialien rund um die Themen Politik und Wahlen.

Vorhang auf für junge Akteur_innen

Auszubildende unterstützen tatkräftig das Wahlamt

Es braucht schon viele helfende Hände, wenn Ende Mai die Bremer Wahlen und die Europawahl stattfinden. Die Senatorin für Finanzen hat bereits 2005 entschieden, Auszubildende zur Unterstützung des Wahlamtes

lagen vollständig ausgegeben. Nach Aussagen von vorherigen Auszubildenden kommt es hierbei auch immer mal zu amüsanten und kuriosen Szenen - wie im Theater. Persönlichen Kontakt haben die Auszubilden-



Vorhang zu: Geheime Wahl! Martin Kesper probt im Wahlamt schon mal den Ernstfall. Hier können Briefwähler_innen ihre Stimme abgeben

bei Wahlen einzusetzen. Dafür ist beim Statistischen Landesamt Martin Kesper der verantwortliche Ausbilder. Er und sein Team freuen sich vom 8. April bis 31. Mai auf die zusätzliche Unterstützung. 39 Verwaltungsfachangestellte und vier Kaufleute für Büromanagement im ersten Ausbildungsjahr kommen dann dort zum Einsatz. Es warten vielfältige Aufgaben auf die Unterstützer_innen: Zuerst werden die Auszubildenden im Umgang mit dem Wahlgesetz und der Bremischen Landeswahlordnung fit gemacht. Anschließend heißt es Einarbeitung in die Meldesoftware „Meso“, mit der das Wähler_innenverzeichnis erstellt und die Wahlscheine gedruckt werden. Mit diesen Kenntnissen können nun Briefwahlanträge bearbeitet, geprüft und zusammengestellt werden. Am spannendsten ist aus Sicht von Martin Kesper aber die Abwicklung der persönlichen Briefwahl. Hier nehmen die Auszubildenden im direkten persönlichen Kontakt Anträge von Bremer Bürgerinnen und Bürgern entgegen. Die Anträge werden sofort geprüft, der individuelle Wahlschein ausgedruckt und die Briefwahlunter-

den auch noch in der Auszählwoche. Dann sind sie nämlich als Tischbetreuer_innen für die Briefwahl- und Auszählwahlvorstände im Einsatz. Diese freuen sich erfahrungsgemäß immer sehr über die kompetenten jungen Ansprechpartner_innen.



Große Bühne im Auszählzentrum im alten Postamt: Nach der Wahl zählen hier die Wahlhelfer_innen mit Unterstützung der Auszubildenden an vielen Tischen die Stimmzettel aus

Die zuständige Ausbildungsbeauftragte vom Aus- und Fortbildungszentrum, Simone Manz-Matthiesen, wird die Auszubildenden während ihrer Zeit im Wahlamt regelmäßig besuchen. Im Anschluss an den Einsatz findet dann in bewährter Tradition ein Feedback mit allen Auszubildenden, Beteiligten und dem Ausbildungspersonalrat statt.



Ivonne Weinhold



Premiere für die Auszubildenden der Klassen VFA 2018 a und VFA 2018 b: Sie haben ihren großen Auftritt zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft

Frauenbeauftragte üben Kritik

Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst noch nicht erreicht

Frauen haben in Deutschland seit 100 Jahren das Wahlrecht, seit 1949 gibt es die gesetzlich formale Gleichstellung der Geschlechter - aber erst seit 1958 ist das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft. Fast vergessen ist heute, dass in der BRD bis dahin ein Ehemann das Dienstverhältnis seiner Frau kündigen durfte. Dass Ehemänner Arbeitsverträge ihrer Frauen unterschreiben mussten, wurde erst 1977 abgeschafft. Die Gleichstellung von Frauen erregt auch heute immer noch die Gemüter. Ist das gerechtfertigt? Ist denn nicht alles in bester Ordnung?

Die Förderung der Gleichstellung gelingt nicht in ausreichendem Maße. Die Frauenbeauftragten in Bremen sind daher mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit gegangen. Sie kritisieren, dass sie ihre Aufgaben, die im Landesgleichstellungsgesetz verankert sind, nicht oder nicht geset-

zeskonform ausführen können. Dafür machen sie unterschiedliche Gründe fest, so zum Beispiel fehlende Freistellungen, bewusste Umgehung ihrer Beteiligungsrechte und Maßnahmen der Frauenförderung. Mit ihrem Vorstoß weisen sie auf diese Probleme hin und bitten um mehr Eindeutigkeit für die Umsetzung und um Stärkung ihrer Möglichkeiten, um gegen Verstöße aktiv zu werden.

Es sind die Strukturen, die sich träge und mächtig zeigen. Wie sonst ist es zu erklären, dass eine Gleichstellung der Geschlechter in den Leitungsebenen des öffentlichen Dienstes und der Gesellschaften des Landes Bremen nach 29 Jahren Landesgleichstellungsgesetz nicht erreicht ist? Wie sonst ist es zu erklären, dass es im öffentlichen Bereich immer noch Arbeitsplätze im Niedriglohsektor in Teilzeit gibt - sie sind zu 95 % mit Frauen besetzt.

Frauenbeauftragte haben eine wichtige Rolle. Es ist noch viel zu tun, um zu einer Gleichstellung der Geschlechter zu kommen. Die Frauenbeauftragten haben mit ihrem offenen Brief darauf hingewiesen, dass sie für ihre Aufgaben politische Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen brauchen. Ich wünsche mir, dass die Politik diese Hinweise aufgreift und gute Lösungen erarbeitet, damit der Auftrag unserer Verfassung im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern besser umgesetzt werden kann.



Saskia Coenraats

Auf der Grundlage der Verfassung

In Artikel 3 des Grundgesetzes ist festgeschrieben, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind und der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Auch die Bremische Landesverfassung weist in Artikel 2 auf die Gleichberechtigung hin. Dort heißt es unter anderem: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich (...) Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land, die Stadtgemeinden und die anderen Träger der öffentlichen Verwaltung sind verpflichtet, für die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in Staat und Gesellschaft durch wirksame Maßnahmen zu sorgen“.

Der Auftrag des Bremischen Landesgleichstellungsgesetzes

Im Bremischen Landesgleichstellungsgesetz wird konkretisiert, wie die Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst umzusetzen ist. Für die Gesellschaften, die sich im Besitz Bremens befinden, wurden vergleichbare Regelungen entwickelt. Die Beratung der Dienststellen- und Betriebsleitungen bei der Umsetzung des Gesetzes ist die primäre Aufgabe der gewählten Frauenbeauftragten. Bei Planung und Entscheidungsfindung ist sie beratend zu beteiligen. Die Frauenbeauftragte hat immer ein Ohr im Betrieb und kennt die Situationen, in denen Frauen beruflich benachteiligt werden. Wichtig ist auch das andere Ohr bei der Öffentlichkeit, um festzustellen, welche wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen für ihre Aufgabe von Bedeutung sind. Bei der Beratung der Geschäfts- und Dienststellenleitung zu personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen soll dieses Wissen berücksichtigt werden. Verantwortlich für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes sind die Dienststellen- und Betriebsleitungen.



Foto: Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

21 % weniger Gehalt: Frauen werden in Deutschland noch immer schlechter bezahlt als Männer - und die Lücke wird nur langsam geschlossen. Der „Equal Pay Day“ weist auf dieses Problem hin, in diesem Jahr am 18. März

Prekäre Teilzeit? - Nicht mit uns!

Gelebte Praxis einer Frauenbeauftragten

Foto: Ann-Kathrin Rieke-Brodde



Kolleg_innen, die ihr Arbeitsverhältnis im Bürgertelefon Bremen bei der Performa Nord (BTB) beginnen, wird ein unbefristeter Teilzeitarbeitsvertrag mit 20 bzw. 25 Wochenstunden angeboten. Gerechtfertigt wurde dies mit Stoßzeiten, in denen das BTB hoch frequentiert ist und der Annahme, dass ein Arbeitsplatz in der Telefonie als Vollzeitstelle nicht geeignet ist.

Die unfreiwillige Teilzeit mit 20 Stunden sorgte bei zwei Kolleginnen für ein prekäres Beschäftigungsverhältnis. Sie waren aufgrund ihres Einkommens auf zusätzliche Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen. Als sogenannte „Aufstockerinnen“ unterlagen sie beim Jobcenter der Meldepflicht und der Auflage, sich auf freie Vollzeitstellen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bewerben. Das war eine sehr belastende Situation für die Kolleginnen.

Die Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen sieht allerdings vor, dass Teilzeitbeschäftigten auf Wunsch eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht werden soll.

Mit Hilfe der Bremer Erklärung habe ich als Frauenbeauftragte darauf hingewirkt, dass

den Kolleginnen die benötigte Stundenaufstockung mit sofortiger Wirkung unbefristet angeboten wurde. Das ging nicht von heute auf morgen, sondern nur mit Entschlossenheit und langem Atem. Aber es hat geklappt.

Hieraus folgend hat Performa Nord im Frauenförderplan verankert, dass Stundenaufstockungswünsche stets in dem Maße befürwortet werden, dass unfreiwillige, prekäre Arbeitsverhältnisse in Teilzeit unter Anwendung der Bremer Erklärung ausgeschlossen sind. Als weitere Lösung für diese immer noch frauentypischen Arbeitsplätze und als Aufstiegschance aus der Telefonie werden zusätzlich Mischarbeitsplätze (Telefonie und Sachbearbeitung) angeboten, die sowohl

in Teilzeit oder Vollzeit möglich sind. Auch das ist inzwischen im Frauenförderplan festgeschrieben. So können Frauen nach ihrem individuellen Lebensmodell ihre Arbeitszeit wählen.

Für die Zukunft strebt die Geschäftsleitung Performa Nord bei künftigen Ausschreibungen für das BTB die Möglichkeit von Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen gemäß dem Landesgleichstellungsgesetz an.

Mit meinen Möglichkeiten als Frauenbeauftragte konnte ich wirkungsvoll dafür sorgen, dass Benachteiligungen bei frauenspezifischen Arbeitsplätzen beseitigt wurden.

Ann-Kathrin Rieke-Brodde,
Frauenbeauftragte bei
Performa Nord

Vielfalt - gut für das Betriebsklima

Diversity im öffentlichen Dienst wertschätzen und fördern

Seinen Ursprung hat der Begriff Diversity (deutsch: Vielfalt) in der Antidiskriminierungs- und Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika der fünfziger Jahre. Dabei geht es darum, den Ausschluss von Menschen zu verhindern, die einer bestimmten Gruppe angehören. Wir alle unterscheiden uns nach Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Herkunft und Kultur, Alter, sexueller Orientierung, Weltanschauung und Glaubensrichtung sowie nach physischen und psychischen Fähigkeiten.

Diese Vielfalt unserer Gesellschaft gilt es, anzuerkennen und innerhalb des öffentlichen Dienstes noch mehr zu fördern. Mit dem Blick auf die Globalisierung, den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel bieten die vielfältigen Potenziale im Arbeitsumfeld viele Chancen. Teams, die sich aus Beschäftigten mit unterschiedlichen Talenten und Lebenserfahrungen zusammensetzen,

können die Dinge aus ganz unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Damit können sich neue Denkansätze und produktive Lösungsansätze entwickeln. Voraussetzung für eine

gut funktionierende Vielfalt in der Arbeitswelt ist ein respektvoller Umgang mit Unterschiedlichkeiten.

Es ist wichtig, offen für Neues zu sein und sich kritisch mit

den eigenen Vorurteilen oder Ängsten auseinanderzusetzen. Das geht uns alle an! Nur so begegnet man Diskriminierungen, fördert Chancengleichheit und stärkt die Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten.

Wir alle verfügen über individuelle Voraussetzungen, Erfahrungen und Fähigkeiten, die wir mit an den Arbeitsplatz bringen. Wenn diese Vielfalt wertgeschätzt und weiter richtig gefördert wird, hat sie positive Auswirkungen auf das Betriebsklima. Und Wertschätzung und ein gutes Betriebsklima wollen wir doch alle, oder?



Foto: gementire/pixabay.com



Lars Härtwig

Wir sind es wert!

Einigung in der Tarifrunde der Länder

Nach einer eindrucksvollen Warnstreikwelle konnte ver.di am 2. März 2019 eine Tarifeinigung erreichen. Deutliche Erhöhungen der Entgelte und Verbesserungen in der Entgeltordnung wurden erzielt.

Das Ergebnis im Überblick

- ▶ Zum 1. Januar 2019 mindestens 3,01 % Erhöhung der Entgelttabellen mit einer Mindesthöhung von 100 Euro
- ▶ Zum 1. Januar 2020 mindestens 3,12 % Erhöhung der Entgelttabellen mit einer Mindesthöhung von 90 Euro
- ▶ Zum 1. Januar 2021 mindestens 1,29 % Erhöhung der Entgelttabellen mit einer Mindesthöhung von 50 Euro
- ▶ Die Stufe 1 in den Entgeltgruppen 2-15 wird überproportional angehoben
- ▶ Die Entgelte für Auszubildende und Praktikant_innen werden zum 1. Januar 2019 und 2020 jeweils um 50 Euro angehoben. Ihr Urlaubsanspruch erhöht sich auf 30 Tage und die Übernahmeregelung wird für zwei Jahre verlängert.
- ▶ Der Garantiebetrag bei Höhergruppierung wird für die Laufzeit des Tarifvertrages auf 100 Euro (Entgeltgruppen 1 bis 8) und 180 Euro (Entgeltgruppen 9 bis 15) erhöht. Der jeweilige Garantiebetrag ist begrenzt auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Zuordnung.
- ▶ Die bisherige Entgeltgruppe 9 wird in die Entgeltgruppen 9a und 9b aufgeteilt.

Darüber hinaus haben wir zahlreiche strukturelle Verbesserungen in der Entgeltordnung erreicht. Dazu zählen unter anderem die Aufwertung der Pflege mit der Angleichung an die TVöD-Pflegetabelle ab 1. Januar 2019 plus eine monatliche Pflegezulage von 120 Euro. Im Sozial- und Erziehungsdienst geschieht die Angleichung an die TVöD-Eingruppierung zum 1. Januar 2020, und im IT-Bereich sollen die besseren Eingruppierungen ab dem 1. Januar 2021 gelten. Als hälftigen Ausgleich der daraus entstehenden Mehrkosten wird die Jahressonderzahlung für die Jahre 2019 bis 2022 für beide Tarifgebiete festgeschrieben. Grundlage für die Berechnung der Höhe der Jahressonderzahlung sind die Entgeltwerte aus 2018.

Die lange Laufzeit von 33 Monaten und das „Einfrieren“ der Jahressonderzahlung sind sicher Wermutstropfen bei dem Tarifergebnis. Aber das deutliche Anheben der Einstiegsgehälter, die soziale Komponente für untere Entgeltgruppen, das Gesamtvolumen des Ergebnisses und die zusätzliche Aufwertung in mehreren Berufsfeldern sind tolle Erfolge. Auch das Ansinnen der Arbeitgeber, die Eingruppierungssystematik für die allgemeinen Verwaltungseingruppierungen deutlich zu verschlechtern, konnte abgewehrt werden.

Nun müssen wir noch gemeinsam Druck auf die Bremer Politik ausüben, damit das Tarifergebnis auch zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird!



Auch wegen der zahlreichen Teilnahme am Warnstreik am 27. Februar 2019 konnte ein gutes Tarifergebnis mit den Ländern erzielt werden



So voll hat Bremen den Marktplatz lange nicht gesehen



Viele Auszubildende haben für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Bezüge gestreikt

Ingo Tebje, Gewerkschaftssekretär bei ver.di
Bezirk Bremen-Nordniedersachsen

100 Jahre Acht-Stunden-Tag

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf

Vor 100 Jahren wurde der Acht-Stunden-Tag in Deutschland erstmals gesetzlich verankert. Bis heute ist er ein wichtiger Eckpfeiler des Arbeitsschutzes. Zu Zeiten der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert waren tägliche Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden keine Seltenheit. Mit dem Slogan „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und Erholung und acht Stunden Schlaf“ griff erstmals Robert Owen, ein walisischer

lässt umfangreichen Spielraum. So kann die werktägliche Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb eines halben Jahres im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden (§ 3 Abs. 1 ArbZG). Durch schriftliche Vereinbarungen zwischen Tarifvertragsparteien oder Ausnahmegenehmigungen kann dieser Rahmen zusätzlich erweitert werden. Es gibt in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen Tarifver-

gesetzt werden können. Der Schutz der Beschäftigten wird hierbei hinten angestellt. Eine solche Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes muss in Deutschland unbedingt verhindert werden. Der Acht-Stunden-Tag muss erhalten bleiben. Denn gute Arbeitszeitgestaltung hilft Unfälle zu vermeiden und bringt die nötige Erholung für den nächsten Arbeitstag. Wir haben in Deutschland ein sehr gutes Arbeitszeitgesetz, das sehr flexibel gelebt werden



Foto: gemeinfrei/pixabay.com

Unternehmer und Sozialreformer, den Acht-Stunden-Tag auf. Dieser entwickelte sich auch in Deutschland zu einer zentralen Forderung der Arbeiterbewegung. Vor genau 100 Jahren wurde der Acht-Stunden-Tag hierzulande eingeführt. Ab 1956 kämpften die Gewerkschaften unter dem Motto „Samstags gehört der Vati mir“ für die 40-stündige Fünf-Tage-Woche. Daraufhin setzte sich das arbeitsfreie Wochenende zunehmend durch.

Was regelt das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) heutzutage? Es regelt nicht, dass Beschäftigte genau nach acht Stunden ihre Arbeit beenden müssen, es

trägt, in denen die 40-Stunden-Woche unterschritten wird. In unseren Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst spielt die Arbeitszeit immer eine Rolle, und es wird versucht, Verbesserungen zu erreichen. Aber Arbeitszeitverkürzungen oder andere Verbesserungen können nur mit gut organisierten starken Gewerkschaften erreicht werden.

Die rechtspopulistische Regierung in Österreich hat das Arbeitszeitgesetz vor kurzem geändert. Dort soll jetzt bis zu 12 Stunden am Tag gearbeitet werden. Die Begründung war, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibler ein-

kann. Die Arbeitszeit kann nicht einseitig von der Arbeitgeberseite verändert werden. Dazu bedarf es Tarifverträge und/oder Dienstvereinbarungen, die mit Gewerkschaften und Interessenvertretungen abzustimmen sind. Es ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, jegliche Diskussionen über eine Aufweichung dieses Gesetzes im Keim zu ersticken.



Kai Mües

410 Gone

Digitalisierung ist gar nicht so einfach

„Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes“. So lautet ein berühmtes Lenin-Zitat. Was der jungen Sowjetunion die Elektrifizierung war, ist der alternden Bundesrepublik die Digitalisierung. Ein must have, ein Zaubermittel, das alles wieder in Ordnung bringt. Nicht nur im wirklichen Leben, wo rasante Veränderungen schon stattgefunden haben und noch ra-

kein Hexen- sondern Handwerk. So ein Projekt muss sorgfältig konzipiert und dann auch mit Blick fürs Detail abgearbeitet werden. Man lernt es entweder auf die anstrengende, mit vielen unerwarteten Zusatzaufgaben gespickte Tour, bezieht zukünftige Anwender_innen und Personalräte mit ein, macht beim Softwarelieferanten Druck in Sachen Ergonomie und Barrierefreiheit - und es funktioniert.

Schleifen drehen lassen und in den Wahnsinn treiben, bis der Zug abgefahren ist?

Beim Umgang mit der Digitalisierung wünsche ich mir von den Wahlkämpfenden deshalb ein bisschen weniger Zauberer-Attitüde und ein bisschen mehr Demut vor den handwerklichen Mühen der Ebene. Um Verständnis dafür zu entwickeln, können sie im eigenen unmittelbaren Umfeld anfangen, bei ihren digitalen Medien.

Ganz sicher ist es nur ein dummer Zufall, dass die Website ausgerechnet jener Partei, die einen IT-Unternehmer als Spitzenkandidaten aufgestellt hat, mich dem Wahnsinn etwas näher gebracht hat. Die Suche nach dem Wahlprogramm fühlte sich irgendwie genauso an, wie dem Automaten eine Fahrkarte zu entlocken. Irgendwann, nach dem siebten oder achten Link - mindestens einer davon tot (Error 410 Gone) - habe ich es doch noch gefunden.



Burkhard Winsemann



Foto: Dresdenstudi auf wikipedia, creative commons (CC-BY-SA 3.0)

Wer kennt sie nicht, die dortigen Ikonen aus der Frühzeit der Digitalisierung? Die Fahrkartenautomaten, die den Fahrgast in den Wahnsinn treiben.

santere bevorstehen. Auch und gerade für die Politik ist sie ein Zaubermittel. Der Feenstaub der politischen Kommunikation, das bisschen Glamour, das es braucht, um der eigenen politischen „Erzählung“ (ein Schelm, wer da an Märchen denkt) bei den Bürger_innen Gehör und Glaubwürdigkeit zu verschaffen.

Tatsächlich ist Digitalisierung

Oder man lernt es eben auf die ganz harte Tour: Wenn man sein Vorhaben zügig verwirklicht hat und dann leider nichts wirklich funktioniert. Denken wir noch mal ans Eisenbahnwesen: Wer kennt sie nicht, die dortigen Ikonen aus der Frühzeit der Digitalisierung? Die Fahrkartenautomaten, die den Mochtegern-Fahrgast so lange

